

Nr. 15 - Juni 1981 Verantwortlich: Annerose Brouwer / Detlef Hengelbrock / Klaus Hengelbrock / Wolfgang Heuer / Rainer Korte / Rainer Krieger / Reinhold Thiede / Michael Wiek /

--- Mit einem Beitrag von Helmut Schmidt ---

Auflage : 150

Preis : 50 Pfg.

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte

Telefon: (05409) 1487

Liebe Leser !

Ja, Sie haben richtig gelesen: Helmut Schmidt, seines Zeichens Bundeskanzler, hat einen Artikel zu dieser ZdJ beigesteuert. Auf Seite 2 schreibt er, was er von Atomwaffen und Rüstungswettlauf hält. Da wir schon einen Beitrag des Bundeskanzlers hatten, lag es natürlich nahe, die Diskussion um den "Nach"rüstungsbeschuß der NATO zu einem Schwerpunkt dieser Ausgabe zu machen.

Selbstverständlich kommt aber auch in dieser Nummer die Kommunalpolitik



Es spriebt allerorten

nicht zu kurz. Auf den Seiten 5 bis 7 stellen wir die aktiven Jusos vor, die auf den Listen der SPD für die Kommunal- und Kreistagswahl kandidieren. Unsere Kandidaten haben übrigens erfreulich gute Listenplätze bekommen - vielleicht eine Folge der konsequenten kommunalpolitischen Arbeit unserer AG.

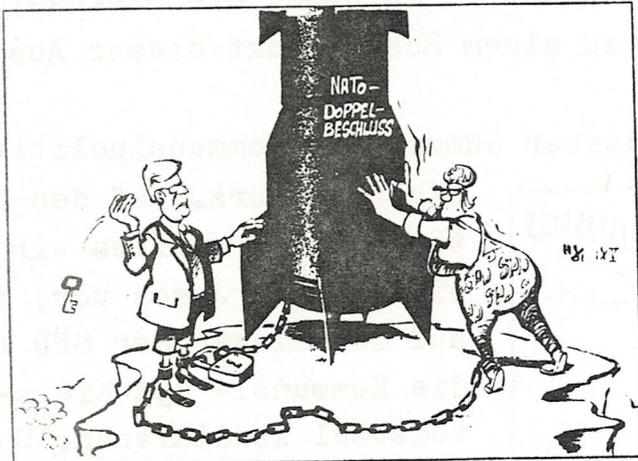
Nach der Kommunalwahl wollen wir eine Dokumentation über die Zeit des Dritten Reiches in Gmhütte veröffentlichen.

Näheres dazu auf Seite 12. Zum Schluß noch ein Hinweis zum "Juso-Sport": Ab Juli gibt es einen wöchentlichen Juso-Sport-Treff, Ort und Termin auf der letzten Seite! Und nun: Viel Spaß beim Lesen dieser ZdJ!

HELMUT SCHMIDT ZUR RÜSTUNG

Der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Waffen gegeneinander zu bewaffnen, wird in der Geschichte einmal als genauso verhängnisvoll angesehen, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war.

Im übrigen glaube ich, wird man mit großem Erfolg den Menschen vor Augen führen können, daß die Opposition gegen die atomare Bewaffnung in einer Front steht mit so hervorragenden Führern der Menschheit wie Albert Schweitzer oder Pandit Nehru, in einer Front steht mit über 9000 Wissenschaftlern aus 40 Ländern der Welt, die durch ihre Unterschrift bezeugten, daß sie die atomare Bewaffnung für einen Wahnsinn halten. Pläne, Polaris-Raketen mit Hilfe von Binnenschiffen und Eisenbahnen in Europa zu stationieren, sind nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung der Zivilbevölkerung bedenklich. Landgestützte Systeme gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete.



„Willst du den kippen? Überleg dir das gründlich“

tz, München

Es ist einleuchtend, daß gerade landgestützte Raketen Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners sind. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht. Als Verteidigungswaffen kommen daher nur seegestützte Raketen in Betracht.

Der Kampf gegen die Atomrüstung muß weitergehen, wenn nötig muß ein Generalstreik zeigen, wie ernst der SPD die Sache ist!



Voll dahinter

Kölnischer Stadt Anzeiger

Zu diesem Artikel: Ja, es stimmt tatsächlich, diese Sätze sind von unserem Bundeskanzler, von Helmut Schmidt. Leider hat er sie aber nicht in der Bundestagsdebatte zum Wehretat oder zur "Nach"rüstung gesagt, leider sind diese Worte schon etwas älter. Wir haben sie in Reden und Aufsätzen von Helmut Schmidt aus den Jahren 1958 bis 1968 gefunden.

Man sieht: die Nachrüstungsgegner in der SPD, Hansen, Eppler, Coppik und wie sie auch heißen mögen, sie alle vertreten genau die Linie Helmut Schmidt's - leider vertritt aber unser Bundeskanzler seine eigene Linie nicht mehr!

Entweder wir schaffen die Rüstung ab, oder die Rüstung schafft uns ab.

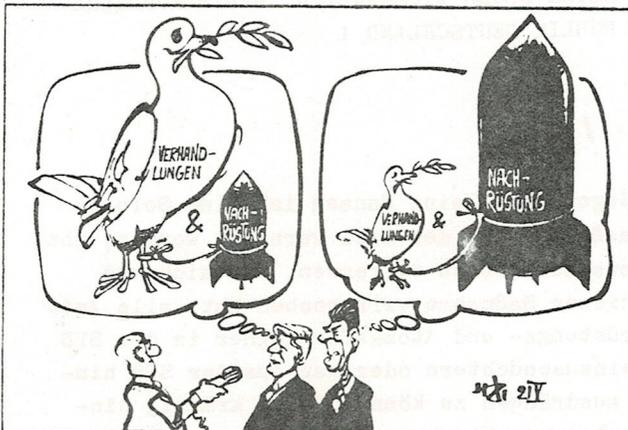
(Helmut Gollwitzer)

"NACH"RÜSTUNG: WAS OFT VER - SCHWIEGEN WIRD

Bei dem derzeitigen Streit um die sogenannte Nachrüstung fällt auf, wie ungenügend oder falsch bestimmte Kreise die Bevölkerung informieren.

Warum werden folgende Tatsachen verschwiegen oder falsch dargestellt?

- die Nato hat bereits jetzt, ohne Nachrüstungsbeschluß, genügend auf Raketen montierte Atomwaffen, um die UdSSR als lebensfähige Gesellschaft zu zerstören. Eine Nachrüstung ist daher sinnlos!
- Moskau betrachtet alle Atomwaffen, die sowjetisches Gebiet bedrohen und im Kriegsfall erreichen, also die im Nachrüstungsbeschluß vorgesehenen Pershing-II-Raketen und die Marschflugkörper, als strategische Waffen (Und nicht als eurostrategische Waffen oder Mittelstreckenwaffen)! Genauso argumentierten auch die USA 1962, als die Sowjetunion versuchte, auf Kuba Mittelstreckenwaffen zu stationieren.
- warum unterzeichnen die USA nicht endgültig das mit der UdSSR ausgehandelte SALT II-Abkommen?



... Nato-Doppelbeschluß? Wir sind beide dafür!

- warum wird nicht erwähnt, daß die militärischen Systeme (konventionell und atomar) der USA denen der UdSSR technisch haushoch überlegen sind(z.B. haben die UdSSR keine cruise missiles!)? Die technische Überlegenheit des Westens wird

- immer nur erwähnt, wenn rungeprotzt wird, wie fähig und Überlegen der Westen ist;
- warum werden bei der Gegenüberstellung der Waffen in Europa die Mittelstreckenraketen der USA und Englands auf den U-Booten nicht mitgezählt?
- warum wird verschwiegen, daß sich die Vorwarnzeit für die UdSSR bei der Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf ca. 5 Minuten verringert, die Vorwarnzeit für die USA hingegen bei 20 Minuten (ca.) bestehen bleibt?
- die sowjetische SS-20 ist somit tatsächlich "nur" eine eurostrategische Waffe, weil sie die andere Supermacht, die USA, weder bedroht noch erreicht. Der SS-20 entspricht z.B. die bereits stationierte Pershing-I-Rakete, die "nur" die sowjetischen Alliierten bedroht.
- Die in Aussicht genommenen neuen Mittelstreckenwaffen dienen ausschließlich den strategischen Interessen der USA. Sie können Westeuropa nicht "schützen", das im Kriegsfall ohnehin bereits mit Kurzstreckenwaffen völlig vernichtet würde.
- warum wird den Bürgern nicht deutlich gemacht, daß die Militärs in den USA inzwischen einen regional begrenzten atomaren Krieg für möglich halten, was bedeutet, daß sie einen Atomkrieg in Mitteleuropa nicht mehr aus ihrem Kalkül ausschließen. Eine Sicherheitspolitik (für Amerika), die im Kriegsfall die totale Zerstörung Europas zur wahrscheinlichsten Konsequenz hätte, ist irrational und widersinnig. Jedes andere, nicht auf der Androhung von Waffen beruhende Sicherheitssystem ist demgegenüber rationaler.



KEINE NEUEN ATOMRAKETEN !

Vor anderthalb Jahren hat unser Bundestag den Beschluß "Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik" mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Abschnitte 25 - 30 dieses Beschlusses befassen sich mit den nuklearen Waffen. Darin steht zu

- Rüstungskontrollvereinbarungen (insbesondere zur Neutronenwaffe):

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Bündnis darauf zu drängen, daß bald entsprechende Verhandlungskonzeptionen und Verhandlungsinitiativen entwickelt werden."

BISHER GIBT ES KEINE VERHANDLUNGEN!

- SALT II:

"Der Prozeß der Verhandlungen über die Begrenzung nuklear-strategischer Waffen - SALT - ist zügig fortzusetzen. Wir setzen uns für die umgehende Ratifizierung des SALT II-Abkommens ein."

DIE AMERIKANISCHE REGIERUNG HAT SALT GESTOPPT!

- Doppelbeschluß der NATO:

"Den Disparitäten bei den nuklearen Mittelstreckenpotentialen muß durch eine Kombination von verteidigungspolitischen und rüstungspolitischen Maßnahmen begegnet werden. Dies bedeutet, rüstungskontrollpolitischen Regelungen den politischen Vorrang zu geben, um Instabilitäten auf diesem Wege abzubauen; gleichzeitig die notwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, damit diese im Falle eines Scheiterns rüstungskontrollpolitischer Bemühungen wirksam werden können."

VOM VORRANG DER VERHANDLUNGEN IST NICHTS ZU SEHEHN: WÄHREND VERHANDLUNGEN ERST ANGEKÜNDIGT SIND, WIRD AN DEN RAKETENRAMPEN BEREITS GEBAUT!

- Europäisierung der Stationierung:

"Eine ausschließliche Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden kommt nicht in Frage."

DIE ANDEREN LÄNDER HABEN DIE PERSHING II ABGELEHNT, ES BLEIBT NUR DIE BUNDESREPUBLIK!

- Zeitplan:

"Aus diesen Gründen soll die Bundesregierung der Stationierung der von den USA in eigener Verantwortung zu entwickelnden Mittelstreckenwaffen in Europa (die frühestens 1983 möglich ist) nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen."

WENN FAST ZWEI JAHRE NACH DEM BESCHLUSS ERST EIN ERSTES GESPRÄCH ZWISCHEN HAIG UND GROMYKO STATTFINDEN WIRD, WIE KÖNNEN DANN NOCH RECHTZEITIG BEFRIEDIGENDE ERGEBNISSE VOR DER STATIONIERUNG ERREICHT WERDEN?

Die Erwartungen des Bundestages haben sich nicht erfüllt. Die NATO-Beschlüsse vom Dezember 1979 wurden nicht ernst genug gesehen. Durch nichts zeichnet sich ab, daß die Stationierung der atomaren US-Raketen vermieden wird. Unser Land würde mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, die bis weit in die UdSSR hineinreichen, zur Abschußrampe und damit auch zur Zielscheibe atomarer Gegenschläge. Wir fühlen uns bedroht und fordern:

KEINE NEUEN ATOMRAKETEN IN DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND !

HANSEN MUSS BLEIBEN !!!

"Durch immer mehr Rüstung wird die Welt nicht sicherer, sondern ärmer. Wenn das nicht in den 80er Jahren unter Kontrolle kommt, wird die Menschheit in Gefahr geraten, sich buchstäblich zu Tode zu rüsten."
Willy Brandt

"Die Fortsetzung des Wettrüstens birgt die Gefahr in sich, daß ein Krieg alles menschliche Leben auslöscht - nicht nur in Europa."
Heinz O. Vetter

Der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt hat Anfang der 70er Jahre die Entspannungspolitik in Europa eingeleitet. Heute zu Beginn der 80er Jahre steht die Entspannung auf dem Spiel. Viele Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß mit der Stationierung neuer Atomwaffen in Ost und West der Frieden nicht sicherer, sondern ein Krieg wahrscheinlicher wird. Deshalb lehnen wir die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen ab. Karl-Heinz Hansen ist einer von uns.

Gegen Karl-Heinz Hansen ist eine Sofortmaßnahme mit dem Ziel verhängt worden, ihn aus der SPD zu entfernen. Wer sich von dieser Maßnahme versprochen hat, alle Aufrüstungs- und Atomwaffengegner in der SPD einzuschüchtern oder gar aus der SPD hinauszudrängen zu können, wird kräftig hinzulernen müssen.

Wir lassen uns nicht mundtot machen und werden innerhalb der SPD weiter darum kämpfen, daß eine erneute atomare Aufrüstung durch Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles durch Verhandlungen überflüssig gemacht und verhindert wird. Wir kämpfen dafür, daß Karl-Heinz Hansen weiterhin diese Position innerhalb der SPD vertreten kann.

KARL-HEINZ HANSEN IST SOZIALDEMOKRAT!
ER MUSS SPD-MITGLIED BLEIBEN!
FÜR EINE OFFENSIVE FRIEDENS- UND ABRÜSTUNGSPOLITIK!



KOMMUNALWAHL '81



Am 27. September findet die nächste Kommunalwahl statt. Die Georgsmarienhütter Jusos haben für ihren Wahlkampf einige Schwerpunkte gesetzt:

- (1) Vor der Wahl wird eine Sondernummer der ZdJ erscheinen, in der auf die Juso-Arbeit in den vergangenen zehn Jahren zurückgeblickt wird. Voraussichtl. Titel: "10 Jahre Juso-Arbeit in Gmhütte - Erfolge und Mißerfolge in der Kommunalpolitik".
- (2) Im September werden wir eine Fotoausstellung über Georgsmarienhütte, insbesondere über die Veränderungen in den zehn Jahren seit der Stadtgründung durchführen. Zu dieser Ausstellung werden wir vorher einen Fotowettbewerb durchführen, an dem jeder teilnehmen kann. Näheres entnehmen man einem in Kürze erscheinenden Flugblatt.
- (3) In Diskussionen und Veranstaltungen werden wir uns im Wahlkampf den Argumenten der anderen Parteien stellen.

Erfreulicherweise sind in diesem Jahr zahlreiche Jusos auf den Listen der SPD in den Wahlkreisen vertreten. Damit jeder weiß, mit wem er es jeweils zu tun hat, im Folgenden eine kurze Vorstellung unserer Kandidaten. Wer sie näher kennenlernen möchte, kann das in unseren wöchentlichen Sitzungen am Freitagabend bei Heuer in Dröper tun. Herzlich willkommen!

Klaus Hengelbrock

Geboren 1951 in Osnabrück, ledig. Nach der Mittleren Reife eine Lehre zum Industriekaufmann, seitdem beschäftigt bei Stahmer & Co, Harderberg.

Eintritt in die SPD im Mai 1976. Bisher keine Funktionen innerhalb der Partei ausgeübt; erste Kandidatur zum Kreistag. Mitglied der Gewerkschaft IGM und der Arbeiterwohlfahrt. Seit Jahren ehrenamtlich tätig in der CAJ-Bezirksleitung. "Meine wichtigsten Aktivitäten waren neben dem Aufbau einer Gewerkschaftsjugend in Gmhütte, der "Kampf" gegen den geplanten Freizeitpark in Kloster-Oeseede und gegen die Bebauung des Waldstückes "Am Pavillion". Daneben bin ich für die "Finanzen" der Jusos zuständig. Hauptaufgabe des Kreises ist meiner



Kandidat für die Kreistagswahl

Meinung nach die wirtschaftlichen Unterschiede der einzelnen Gemeinden auszugleichen, sowie zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs beizutragen. Da für unsere Zukunft sichere und sichere Arbeitsplätze von großer Wichtigkeit sind, werde ich mich - falls in den Kreistag gewählt - besonders mit der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Kreis und der Arbeitsplatzsicherung befassen."

Wolfgang Heuer

Geboren 1953 in Bad Rothenfelde-Strang; verheiratet, ein Kind. Von Beruf Fernmeldemonteur, nach der Ausbildung bei Klöckner beschäftigt beim Fernmeldeamt Osnabrück, Beamter seit 1979. Besuch des Abendgymnasiums, seit 1980 Student der Physik in Osnabrück.

Eintritt in die SPD im Mai 1980. Bisher keine Funktionen innerhalb der Partei ausgeübt; erste Kandidatur zum Stadtrat.

"Da ich noch nicht sehr lange Mitglied der SPD bin, konnte ich bisher kommunalpolitisch kaum mitarbeiten. Für besonders wichtig im kommunalen Bereich halte ich den Bau von Radwegen, da vor allem Kinder im Straßenverkehr stark gefährdet sind. Auch verkehrsberuhigende Maßnahmen könnten in dieser Hinsicht einen wichtigen Beitrag leisten.

Zur Erhaltung unseres Lebensraumes ist es unbedingt notwendig, den Umweltschutz ernsthaft zu betreiben und vor allem an der Lösung des Energieproblems mitzuwirken, da dies eines der größten Probleme unserer Zeit ist.

Ich werde mich aus diesen Gründen - sollte ich in den Rat gewählt werden - in erster Linie mit Fragen der Verkehrs- und Umweltpolitik beschäftigen."

Kandidat für die Kommunalwahl im Bereich KLOSTER OESEDE/HARDERBERG



Reinhold Thiede

Geboren 1955 in Kloster-Oesede; 4 Geschwister; ledig. Student der Wirtschaftswissenschaften in Bielefeld, arbeitet z.Zt. an seiner Diplomarbeit. Seit etwa einem Jahr daneben als Hilfskraft bei der Universität Bielefeld beschäftigt.

Eintritt in die SPD im Mai 1976. Bisher keine Funktionen innerhalb der Partei ausgeübt; erste Kandidatur zum Stadtrat.

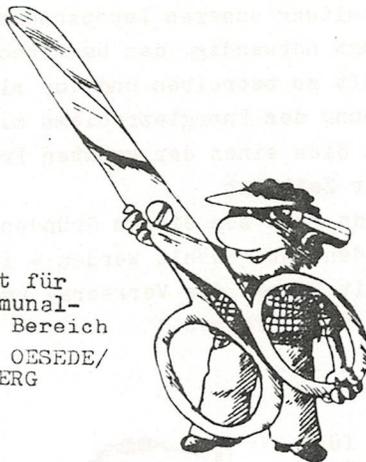
Mitgliedschaft in folgenden Vereinen und Verbänden: aktiver Katholik, Fußballer beim SV Hankenberge, passives Mitglied des VfL Kloster-Oesede.

"Meine bisherigen Arbeitsschwerpunkte in der Kommunalpolitik lagen im Umwelt- und Verkehrsbereich. Hervorheben möchte ich den Widerstand gegen den geplanten Freizeitpark in Kloster-Oesede und gegen die Bebauung des Waldstückes "Am Pavillion"; in der Verkehrspolitik habe ich mich besonders für die Schaffung von Radwegen, gegen den Bau der A 33 und der neuen B 51 und gegen die Verlegung der Glückaufstraße durch Wohngebiete in Kloster-Oesede eingesetzt.

Neben der Kommunalpolitik trete ich inner- und außerhalb der SPD für eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik ein."

Falls ich in den Rat gewählt werden sollte, werde ich mich neben den schon genannten Bereichen besonders auf die Sportpolitik (Öffnung der Sportanlagen für den vereinsunabhängigen Breitensport; Bevorzugte Förderung derjenigen Vereine, die Breitensport ernstnehmen) und die Wirtschaftspolitik (Keine Ansiedlung neuer Betriebe, wenn nicht nachweislich neue Arbeitsplätze geschaffen werden; keine finanzielle Subvention von Unternehmen) konzentrieren."

Kandidat für
die Kommunal-
wahl im Bereich
KLOSTER OESEDE/
HARDERBERG



Rainer Korte

Geboren 1951 in Braunschweig; verheiratet, 2 Kinder. Von Beruf Soziologe und Pädagoge, z.Zt. als Lehrer in Bielefeld und Düsseldorf tätig.

Eintritt in die SPD im Dezember 1971. Vorsitzender der Juso-AG 1972-1974 und 1976 bis heute; Mitglied im Vorstand des SPD-Stadtbezirkes Oesede seit 1979. Mehrmals Delegierter bei Unterbezirksparteitagen und Bezirksparteitagen der SPD und bei Bezirkskonferenzen der Jusos.

Kandidatur für den Stadtrat 1972 auf Platz 13 der SPD-Liste, in den Rat nachgerückt 1974. Kandidatur für den Stadtrat 1976 auf Platz 7, nachgerückt in den Rat 1977. Neben der politischen Tätigkeit Mitgliedschaft in folgenden Vereinen und Verbänden: GEW (passives Mitgl.), Sturmvogel Dröper im VfL Kloster-Oesede (aktives Mitgl.), Kinderschutzbund (passiv), Netzwerk (passiv), Arbeiterwohlfahrt (passiv).



Kandidat für
die Kommunal-
wahl im Bereich
OESEDE

"Im Stadtrat und in der SPD-Fraktion waren meine Hauptarbeitsgebiete Umweltpolitik, Verkehrspolitik, Jugendpolitik und Kulturpolitik. Aktiv eingesetzt habe ich mich besonders im "Kampf" für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, gegen den Bau der neuen B 51, gegen den Bebauungsplan "am Pavillion", gegen den Freizeitpark Kloster Oesede und gegen den Bebauungsplan "Teckelhagen"; auch Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung gehörten zu den Hauptanliegen meiner Arbeit. Von den zentralen Entscheidungen der letzten Jahre habe ich die folgenden im Rat nicht mitgetragen: Baugebiet Menkhausfeld, Industriegebiet Osterheide, Planung der Straßen Südring, Schauenroth...

Sollte ich wieder in den Rat gewählt werden, so sehe ich als meine Hauptarbeitsfelder die Realisierung verkehrsberuhigender Maßnahmen, die Verhinderung neuer Straßenbauprojekte, die Verhinderung weiterer Randbebauung, die Realisierung von Jugendhilfemaßnahmen, die Bekämpfung der CDU-Filzokratie und den Schutz der Wälder und Bäche an."

Annerose Brouwer

Geboren 1949, verheiratet, drei Kinder. Von Beruf Krankenschwester; Abitur an einem Abendgymnasium erlangt; heute tätig als Nachtschwester im Franziskushospital Harderberg.

Eintritt in die SPD 1974 (damals noch in Hamburg), nach dem Umzug nach Gmhütte von 1979-1980 im Unterbezirksvorstand der Jusos. Bisher noch keine Kandidatur zum Stadtrat.

Seit 1975 Mitglied der Falken, u.a. Mitbegründerin einer Falkengruppe in Hamburg-Altona, seit 1978 Mitglied der Arbeiterwohlfahrt.

"Neben der für Jusos fast 'normalen' Beschäftigung mit Umwelt- und Verkehrspolitik habe ich mich in den vergangenen Monaten besonders darum bemüht, die Stellung der Frau in der Kommunalpolitik zu verbessern; u.a. habe ich mich für die Schaffung eines Second-hand-Ladens eingesetzt. Daneben ist es für mich (als Mutter von drei Kindern) besonders wichtig, den öffentlichen Nahverkehr in Gmhütte zu verbessern. Man kann in dieser Stadt nicht mit dem Bus von einem Ortsteil zum anderen kommen (z.B. von Dröper nach Alt-Gmhütte), wenn man mal zum Kinderarzt muß!

Sollte ich in den Rat gewählt werden, sind meine Ziele also zunächst einmal: Erhaltung der Umwelt, Verkehrsberuhigung, Verbesserung des Nahverkehrs."



Kandidatin für die Kommunalwahl im Bereich OESEDE

Detlef Hengelbrock

Geboren 1954 in Georismarienhütte, ledig. Von Beruf Chemielaborant, nach der Ausbildung bei Klöckner 4 Jahre Bundeswehr. Zur Zeit beschäftigt beim Mineralölwerk Osnabrück.

Eintritt in die SPD im März 1972. Seit Februar 1980 Beisitzer im OV-Vorstand, seit dem Herbst 1980 auch Beisitzer im Stadtbezirksvorstand Oese. Kandidiert zum ersten Mal für den Stadtrat. Mitglied der Gewerkschaft HBV und der Arbeiterwohlfahrt.

"Aktiv habe ich mitgearbeitet an der Einrichtung eines selbstverwalteten Jugendzentrums und am Aufbau einer Gewerkschaftsjugend in Gmhütte. Während meiner Bundes-

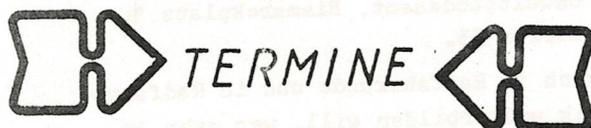


Kandidat für die Kommunalwahl im Bereich OESEDE

wehrzeit bin ich in Gmhütte politisch nicht tätig gewesen. Danach neben der Mitarbeit an Aktivitäten der Juso-AG beteiligt an der SPD-Zeitung GIG und am Kommunalwahlprogramm 1981.

In der Kommunalpolitik halte ich von besonderer Wichtigkeit die Erhaltung unserer Umwelt. Dies kann nur durch eine radikale Änderung der Planungspolitik und durch eine kommunale Umweltschutzpolitik erreicht werden. Daneben muß die Stadt ihr mögliches tun, um soziale Benachteiligungen abzubauen.

Daher werde ich mich - sollte ich in den Rat gewählt werden - besonders mit der Sozialpolitik und dem Umweltschutz beschäftigen."



Der neue Leiter der Volkshochschule, Fritz Brickwedde, hat uns ein Gespräch über unsere Vorstellungen zur Arbeit der Volkshochschule angeboten. Brickwedde, nebenbei noch CDU-Vorsitzender in Osnabrück, wird am 26. Juni in der Gaststätte Heuer (Dröper) mit uns diskutieren. Beginn: 20 Uhr.

Anfang August wird Rolf Kruse die Gmhütter Juso-AG besuchen. Rolf Kruse ist Redakteur der "Neuen Osnabrücker Zeitung", er ist dort für die Seite "Rund um Osnabrück" verantwortlich. Wir werden uns mit ihm über das Thema "Kommunalpolitik und ihre Präsentation in der Lokalzeitung" unterhalten. Zu diesem zwanglosen Gespräch sind natürlich auch alle interessierten älteren Genossen eingeladen. Den genauen Termin geben wir bekannt.

Verantwortlich für 1500 tote Kinder

Wie inhuman und autobezogen die Verkehrsplanung in der BRD und vor allem in GMRHütte ist, darauf haben wir in der ZdJ häufig genug hingewiesen. Heute soll einmal die andere Seite - die Autofahrer selbst - kritisch befragt werden.

Wenn man wachen Auges - vielleicht noch mit Kindern - durch GMRHütte geht, kann man immer wieder feststellen, wie wenig sich der größte Teil der Autofahrer an die Verkehrsregeln - vor allem an die Geschwindigkeitsbeschränkungen - hält.

Auch diejenigen, die es besser wissen, die Atomkraft-nein-danke-Autos bzw. ihre Fahrer, fahren häufig genug schneller als 50km/h und preschen mit einem Affenzahn durch die Wohnsiedlungen. Wie gefährlich ein solches Verhalten gerade gegenüber den schwächsten Verkehrsteilnehmern ist, zeigen folgende Werte:

Tempo 70 km/h	=	52,5 m Anhalteweg
" 50 km/h	=	26,1 m Anhalteweg
" 30 km/h	=	12,6 m Anhalteweg

D.h., daß sich der Anhalteweg jeweils verdoppelt, wenn die Geschwindigkeit um die Hälfte erhöht wird.

Welche schlimmen Folgen diese Geschwindigkeiten gerade in Wohngebieten haben, kann sich jeder ausrechnen. 1500 im Straßenverkehr getötete Kinder sprechen da eine deutliche Sprache.

Nun ist inzwischen hinreichend bekannt, daß Appelle an die bundesdeutschen Autofahrer nichts nützen. Aber vielleicht blicken die autofahrenden Mitbürger einmal in die am 1.8.90 geänderte Straßenverkehrsordnung. Dort heißt es :

"(2a) Die Fahrzeugführer müssen sich gegenüber Kindern, Hilfsbedürftigen und älteren Menschen, insbesondere durch Verminderung der Fahrgeschwindigkeit und durch Bremsbereitschaft, so verhalten, daß eine Gefährdung dieser Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist." (§ 3)

Dies bedeutet eine größere Verantwortlichkeit und damit bei Prozessen auch die Möglichkeit höherer Bestrafbarkeit!

P.S.: Mitverantwortlich, vielleicht hauptverantwortlich, sind die Verkehrsplaner, die z.B. die L95 in Alt - GMRHütte, das Schauenroth, den Stadtring, die Wellendorfer Str. und andere Kernstrecken in GMRHütte auf ihrem Gewissen haben.

„Das Fahrrad in der Stadt.“

so heißt eine Broschüre des Umweltbundesamtes. In diesem Heft von 52 Seiten findet man eine Fülle von Informationen über eine umweltgerechte Stadtverkehrsplanung, die die schwächsten Verkehrsteilnehmer zum Maßstab ihrer Politik macht.

Erschienen im September 1980 wird u.a. dargestellt, wie weit das Fahrrad heute in der BRD verbreitet ist, wie es genutzt wird, welche regionalen Unterschiede bezüglich Nutzung und Ausbau von Radwegen existieren, wie es mit der Radfahrverkehrssicherheit aussieht, welche planerischen Möglichkeiten es für eine solche Planung gibt, welche Abstellmöglichkeiten bislang entwickelt wurden, wie Fahrrad und öffentlicher Verkehr kooperieren können, welche Beispiele es aus dem Aus-

land gibt und vieles mehr.

Diese Broschüre ist Pflichtlektüre für jeden Radfahrer, jeden Umweltschützer und vor allem für alle Politiker und Verkehrsplaner. Wer dieses Heft nicht kennt, soll die Finger von der Planung von Radwegen lassen!

Erhältlich ist diese Broschüre kostenlos beim Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 1000 Berlin 33.

Wer sich in Radfahrkunde und in Radfahrtechnik weiterbilden will, wer mehr Anregungen für die unmittelbare Fahrrad-Radfahrpraxis haben will, der möge sich das Buch "Vorfahrt für das Fahrrad" von Matthias Schmid anschaffen - erschienen als Fischer-Taschenbuch, Nr. 4046, Preis: 6,80 DM.

FRAUEN IN DER POLITIK

Frauen in die Politik, das ist eine Forderung, die immer wieder, besonders vor Wahlen zu hören ist. Angesichts der Vertretung von Frauen im Bundestag und den Kommunalparlamenten muß diese Forderung als ein bloßes Lippenbekenntnis enttarnt werden.

In der Nationalversammlung 1919 waren die Frauen mit 9,6 % vertreten. 1980 betrug der Frauenanteil im Bundestag 7,5% ! Etwas besser sieht es in den Kommunalparlamenten aus; in großen Städten mit 100.000 bis 1.000.000 Einwohnern liegt der Frauenanteil zwischen 14 und 15 %, in Orten mit zwanzig- bis fünfzigtausend Einwohnern beträgt er nur noch 10,3%.

Ein internationaler Vergleich zeigt, daß die Bundesrepublik ganz schlecht dasteht, beträgt der Frauenanteil im Parlament bei uns doch nur 7,9 % gegenüber beispielsweise 23,4 % in Dänemark oder 26 % in Finnland. Seit 63 Jahren hat die Frau das passive und aktive Wahlrecht, seitdem hat sich der Frauenanteil in den Parlamenten nicht erhöht!

Wie bringt man nun Frauen dazu, daß sie Interesse an Politik gewinnen? Das gelingt am besten auf kommunaler Ebene. In den meisten Fällen wird eine Politisierung der Frau über emotionale Betroffenheit erreicht werden. Doch nur wenige schaffen den Sprung von Betroffenheit zum aktiven Handeln, denn dafür braucht man Eigenschaften, die man schon oftmals als Kind abgelegt hat, um angepaßt zu erscheinen. Lebhaftigkeit, unbequeme Fragen stellen, Hartnäckigkeit, den Mut und die Kraft, gegen die Meinung der Mehrheit einen Standpunkt zu vertreten und event. auch durchzusetzen. Das hat oftmals zur

Folge, daß man auf Zuneigung und Wohlwollen bewußt verzichten muß.

Wer schafft das schon allein. Deshalb ist es wichtig, daß man sich zusammentut. Das kann ein Frauengesprächskreis sein, oder aber besser noch ein fester Frauentreff, dem auch beispielsweise ein "Second-Hand-Shop" angeschlossen ist. So ein Second-Hand-Shop bietet die Möglichkeit, etwas wirtschaftlich Sinnvolles zu tun, gleichzeitig kann man sich auf Guppenabenden über politische Themen informieren und so an die Politik herangeführt werden. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir in Georgsmarienhütte bereits getan, indem wir nach Brämsche fuhren und den dortigen Second-Hand-Shop besichtigten. Im Augenblick wird in Gmhütte nach einem geeigneten Raum für einen solchen Laden gesucht, eine Lösung zeichnet sich ab.

Ein Second-Hand-Shop in Gmhütte, das wäre vielleicht der Beginn einer aktiveren Rolle der Frauen in der Kommunalpolitik unserer Stadt. Die ZdJ wird über die weitere Entwicklung berichten.

Radikalauer von W. Thomsen

Deutschland ist natürlich am Überallsten, wenn es in die Luft fliegt.

Das Urteil lautet: Lebenslängliches Verbleiben in einer Leichtlohngruppe, wegen Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht.

Wenn die Löhne sinken, wird der Tornado billiger.



A 33 : NUR BIS KLOSTER OESEDE ?

Im Dezember 1980 berichteten wir in der ZdJ über die wachsenden Proteste gegen den Bau der A 33. Es wäre gut möglich, so schrieben wir damals, daß die Autobahn bis Kloster-Oesede zwar gebaut, hier aber enden würde. Was damals selbst viele Autobahngegner als zu optimistisch ansahen, scheint jetzt Wirklichkeit zu werden!

Bezeichnend und beschämend (auch für sozialdemokratische Verkehrspolitiker!) ist, daß nicht Bürgerproteste oder bessere Einsicht zu dem Stimmungswandel der Politiker führte, sondern Finanzmangel! Wie Verkehrsminister Hauff Ende Februar vor dem Bundestags-Verkehrsausschuß mitteilte, fehlen für den Straßenbau 1981 650 Mio. Mark. Der FDP-Verkehrsexperte Merker erklärte daraufhin, daß bis 1990 die Gelder nur für 60 % des ausgewiesenen Bedarfs reichten, d.h. es könnten nur noch ein Teil der in Dringlichkeitsstufe 1 eingestuften Straßen gebaut werden. "Ausbau soll künftig Vorrang vor Neubau haben" sagte Merker der "Neuen Westfälischen Zeitung". Die geplante Autobahn A 33, so Merker weiter, müsse neu überdacht und eine Entscheidung vorläufig zurückgestellt werden. Das könne bedeuten, daß "ein Neubau oder Ausbau der Autobahn Osnabrück-Bielefeld erst weit nach Beginn des Jahres 2000 in Betracht käme." (!!!)

Anfang März hat sich dann nach dem Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe auch der Bezirksverband Osnabrück der FDP für eine "Streichung des Bedarfs einer Autobahn A 33 zwischen Osnabrück und Bielefeld ausgesprochen. (laut Neue Westfälische v. 11.3.81) Statt dessen schlägt die FDP einen verkehrsgerechten Ausbau der B 68 unter weitgehender Ausnutzung der bestehenden Straße mit entsprechenden ortskernentlastenden Umgehungsstraßen vor.

Ganz offensichtlich hat sich bei den zuständigen Politikern in den letzten Monaten ein Stimmungswandel vollzogen, zumindest in Nordrhein-Westfalen wird die A 33 in diesem Jahrhundert mit ziemlicher Sicherheit nicht mehr gebaut.

Bis in die Verwaltung hat sich dieser Umschwung aber offensichtlich noch nicht herumgesprochen. In der April-Ausgabe der Kloster-Oeseder katholischen Jugendzeitung "Sprachrohr" wird das Straßenneubauamt zum Stand der Planung der A 33 befragt. Die Strecke Osnabrück-Harderberg ist demnach festgestellt, unaufschiebbar beschlossen, die Baumaßnahmen liefen an. Der weitere Verlauf sei bisher durch Einsprüche blockiert, ein Gericht werde aber bis zum Sommer über die "sofortige Vollziehung" der Planung im Bereich Holsten-Mündrup beschließen. Bei negativem Entscheid könne sich die Abwicklung der verschiedenen Klagen allerdings noch zwei Jahre hinziehen. Man wolle die Autobahn daher vorerst bis Harderberg bauen und dort auf die B 68 münden lassen!

Viele der in Holsten-Mündrup von der geplanten Autobahn betroffenen Bürger haben inzwischen juristische Schritte eingeleitet; vor dem Verwaltungsgericht läuft ein Verfahren, einige haben sich der Klage der Bürgerinitiative in Hilter angeschlossen. Die Betroffenen sind besonders über die Kurzsichtigkeit empört, mit der die Behörden vorgehen. Einem Bauern ist z.B. für einen Neubau, der jetzt für die Autobahn abgerissen werden soll, noch 1971 (!) eine Baugenehmigung erteilt worden. Einem Anderen wurde für sein Haus, das ebenfalls der Autobahn weichen soll, 23 DM Entschädigung pro m² Hausgelände angeboten. Ob die zuständigen Beamten wohl wissen, was heute Bauland kostet?

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE!

Leider haben wir noch immer nicht genügend Abonnenten für die ZdJ gefunden, um unsere Zeitung verlustfrei zu drucken. Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist.!

Hiermit abonniere ich die 6 mal im Jahr (plus eine Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM⁺ im Jahr, ab Nr. 16.

N A M E :

S T R A S S E :

O R T :

DATUM/UNTERSCHRIFT: _____

⁺) Mindestbetrag pro Jahr 5,- DM !

Bitte ausschneiden und einsenden an: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, 4504 Gnhütte

Die Politiker der Stadt Gmhütte scheinen sich übrigens um die Proteste der Bürger, die sie vertreten, kaum zu kümmern. Sie unterstützen vorbehaltlos die Planung der Autobahnbetreiber. Bürgermeister Siepelmeyer, der zunächst den Holsten-Mündruper Landwirten zugesagt hatte, deren Interessen zu berücksichtigen, steht nach Gesprächen mit den Herren von Stra-Rennebauamt voll auf Seiten der Planer! Die SPD hat sich in der Frage A 33 völlig auf Tauchstation begeben! Gerade ein klares Wort der Gmhütter Kommunalpolitiker könnte bei den zuständigen Planungsbehörden einiges bewirken!

Man kann also augenblicklich folgenden Stand der A 33-Planung festhalten: In Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahrtausend nicht mehr an einen Bau gedacht, was danach geschieht, steht noch in den

Sternen. Auch im Bereich Hilter-Dissen mehren sich die Stimmen, die einen Ausbau der B 68 mit Ortsumgehungen anstelle eines Autobahnneubaues fordern. Im Teilabschnitt Osnabrück-Harderberg allerdings werden die Baumaßnahmen schon in diesem Frühjahr beginnen, die Straße wird zunächst bis Harderberg (oder, falls das Gericht zustimmt, bis Kloster-Oesede) gebaut und soll dann vorerst auf die B 68 einmünden. Aus der Autobahn Osnabrück-Bielefeld würde so eine Autobahn Osnabrück - Kloster-Oesede!

Gerade bis Kloster-Oesede ist aber die B 68 schon jetzt vierspurig ausgebaut, ein kostspieliger Autobahnneubau also völlig unsinnig. Es wird Zeit, daß die kommunalen Parteien, CDU wie SPD, endlich Stellung gegen diese wahnwitzige Planung beziehen. - im Herbst sind schließlich Kommunalwahlen!

B 51: Entgültige Entscheidung noch offen

Nun ist sie also wieder in der Diskussion, die Verlegung der B 51. Die Position der Gmhütter Jusos dazu war und ist klar: wir lehnen jede Umgehung in Oesede-Süd ab. Mit dieser Position konnten wir uns aber leider in der SPD nicht durchsetzen; die Partei faßte einen Beschluß, der die Verlegung unter ganz bestimmten, engen Bedingungen bejaht. Selbstverständlich haben die Jusos sich an diesen Beschluß zu halten, wir werden also der SPD in der öffentlichen Diskussion nicht mit unserer abweichenden Meinung gegenüber treten. Das bedeutet aber natürlich nicht, daß wir unsere Meinung zur B 51 geändert hätten, wir sind weiterhin gegen die Verlegung und werden versuchen, diese Ansicht in der SPD mehrheitsfähig zu machen.

Im Augenblick ist zu beobachten, wie man versucht, das Thema B 51 aus dem Kommunalwahlkampf im Herbst herauszuhalten. Mehrdeutige, verschwommene Aussagen der Regierungen in Bonn und Hannover machen eines klar: die Wähler sollen nicht vergrault werden, man braucht die Stimmen von Befürwortern wie Gegnern der Verlegung. Man redet beiden Seiten nach dem Mund, schiebt die Verantwortung für die Planung von Bonn nach Hannover und umgekehrt, versucht sich mit taktischen Spielchen bis nach der Wahl über die Runden zu bringen.

Die Gmhütter SPD und ihr Bürgermeisterkandidat Helmut Stahlmann haben sich auf der Grundlage des Beschlusses des Ortsvereins klar geäußert: was sie wollen, was

sie nicht wollen, welche Bedingungen sie setzen. Allmählich müßten sich Bonn und Hannover und auch die örtliche CDU einmal ähnlich klar darauf festlegen, was sie denn nun eigentlich wollen!

Unabhängig vom Wahlausgang werden die Gmhütter Jusos die Diskussion um die Verlegung im Jahre 1982 erneut in der Partei führen. Die Entscheidung im Ortsverein war äußerst knapp, in der Gmhütter SPD hat es seit der Entscheidung personelle Veränderungen gegeben, die Kassen in Bonn sind leer; alles das macht eine Überprüfung der Meinung der Partei im kommenden Jahr notwendig.

SPD

Georgsmarienhütte unterstützt ihre Jusos

»Als völlig aus der Luft gegriffen und haltlos« hat die SPD in Georgsmarienhütte in einer Stellungnahme die Aussage von CDU-Bürgermeister Ludwig Siepelmeyer bezeichnet, die Jungsozialisten ließen sich bei der Diskussion um einen Gedenkstein für die Opfer des Nazi-regimes vor den Karren der Kommunisten spannen. Mit aller Entschiedenheit weist die SPD in dem Schreiben Siepelmeyers Auffassung, es handele sich bei der von den Jusos geführten Diskussion um eine »Propagandaaktion«, zurück.

DOKUMENTATION

Im Herbst wollen wir eine Dokumentation zur Auseinandersetzung um den Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus herausbringen. Dort werden u.a. die gesamte Diskussion in der Presse und Radio dokumentiert, Stellung bezogen und verschiedene Meinungen dargestellt. Außerdem sollen Informationen über die Zeit des Dritten Reiches in GMHütte gebracht werden.

Für diese Dokumentation suchen wir:

- Tatsachen und Berichte, Meinungen und persönliche Erlebnisse bezüglich der Zeit von 1933-1945 in GMHütte.
- Informationen über Verfolgte und Ermordete aus dem Gebiet der heutigen Stadt Georgsmarienhütte.
- Informationen über Widerstand gegen die Nazis,
- Namen von Verfolgten und Getöteten,
- Fotos, Zeitungsausschnitte, Dokumente aus der Zeit 1933-1945,
- Meinungen und Bewertungen dieser Zeit,
- Stellungnahmen von Personen, die damals diese Zeit bewußt miterlebten und ähnliches....

Um die Auflage dieser Dokumentation besser kalkulieren zu können, wären wir für Vorbestellungen dankbar. Die Dokumentation wird ca. 3,-DM (maximal 5,-DM) kosten. Wer Interesse hat und uns unsere Arbeit erleichtern will, schicke bitte untenstehenden Abschnitt an Reinhold Thiede, Am Sundern 7, 4504 GMHütte.

Hiermit bestelle ich die im Herbst erscheinende Dokumentation zur Diskussion um einen Gedenkstein in Georgsmarienhütte zum Preis von ca. 3,-DM (maximal 5,-DM).

Name: _____

Anschrift: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

SPD-Fraktion: Gute Arbeit

Gute inhaltliche Arbeit hat die SPD-Fraktion in den letzten Jahren geleistet.

Nach dem Radwegeplan, einer umfassenden Stellungnahme zum Generalverkehrsplan, einem detaillierten Antrag zur Verkehrssicherheit in Gmhütte, einem Sozial- und Familienprogramm hat ein Arbeitskreis der Fraktion jetzt einen Grünflächenplan erarbeitet.

Dieser Plan legt Grundsätze für den Umgang mit der Landschaft und der Natur fest und benennt Gebiete, die als Grünflächen in der Zukunft erhalten bleiben müssen und sollen.

In diesem Plan sind diejenigen Teile von Gmhütte, die als "grüne Flächen" erhalten bleiben sollen, nicht bis ins letzte Detail umschrieben, damit nicht irgendwelche Bodenspekulanten Informationen oder Vorwände für ihr dubioses Tun gegeben werden. Darüberhinaus meint die SPD-Fraktion natürlich auch nicht, daß sie alle nicht als "Grünflächen" gekennzeichneten Gebiete bebaut haben möchte, der Plan ist also als Minimalprogramm zu verstehen!

Hoffentlich setzt die Fraktion diese langfristige inhaltliche Arbeit, die zeigt, wie man konstruktive Opposition betreiben kann, nach der Kommunalwahl fort - auch dann, wenn die SPD den Bürgermeister stellen sollte.



JUSO-Sport

Ab Juli können alle sportinteressierten Jusos (und natürlich auch alle Sympathisanten) einmal wöchentlich gemeinsam Sport treiben! Die Juso-Sportgruppe wird sich dann jeden Samstag um 15 Uhr an der Sporthalle der Freiherr-vom-Stein-Schule treffen, die Halle steht uns dann 2 Stunden zur Verfügung.

Wo wir schon beim Sport sind, hier die aktuelle Tabelle der Juso-Schach-Meisterschaft:

1. Detlef Hengelbrock	4 : 0
2. Uwe Spille	1 : 0
3. Rainer Krieger	3,5:3,5
4. Gerd Brouwer	1 : 1
5. Jo Korte	0,5:1,5
6. Michael Wiek	0 : 2
7. Rainer Korte	0 : 2